

Meldungen

zusammengestellt von Thomas Ruttig

Rekordernte und Rekordunterernährung in Kabul

Afghanistans Weizenernte hat nach Angaben der UN-Agrarorganisation FAO 1998 den höchsten Stand seit 1976 erreicht. Nach einer Untersuchung des Programms 'FAO Crops Afghanistan' sei dadurch das Getreidedefizit des Landes auf 740.000 Tonnen gefallen; 1995 waren es noch 1,2 Millionen Tonnen. Der Mangel, so heißt es weiter, werde durch "informellen Handel" mit Pakistan - sprich: Schmuggel - und internationale Nahrungsmittelhilfe ausgeglichen. Hauptanliegen der FAO sei es deshalb jetzt, Saatgut hoher Qualität zu produzieren und zu verteilen. Nach Angaben desselben Berichts leben derzeit bis zu 80 Prozent der Bevölkerung Afghanistans unter der Armutsgrenze. Laut der französischen Hilfsorganisation 'Action Contre la Faim' (ACF) seien allein in Kabul 61 Prozent der Kinder unter fünf Jahren in ihrer Entwicklung zurückgeblieben. WFP-Landesdirektor M.A. Sackett bestätigte, die Unterernährungsrate in der Hauptstadt sei die höchste seit vier Jahren. Hauptproblem sei der Zugang zu Nahrung, nicht ihr Fehlen. Der Verbrauch gehe wegen des hohen Niveaus der Arbeitslosigkeit zurück.

Kosovo-Syndrom in Afghanistan?

Der Kosovo-Konflikt wird bald auch in Afghanistan spürbar werden, befürchtet Broniek Szynalski, Chef des 'World Food Programme' (WFP) in Pakistan. Er befürchtet, daß die Geberländer über den Krieg in Jugoslawien Afghanistan vergessen könnten. Ähnlich äußerte sich Pakistans Außenminister Sartaj Aziz. Von den 184 Millionen Dollar, die die UNO für 1999 für Afghanistan erbeten hat, waren Ende April erst 13 Millionen eingegangen. Auch das UNHCR hat bisher nur ein Viertel der 17 Millionen Dollar erhalten, die es für die Repatriierung weiterer Flüchtlinge in diesem Jahr braucht.

UN untersucht Killer-Krankheit in West-Afghanistan

Die UNO hat Mitte Mai Gesundheits- und Agrarexperten in die westafghanische Stadt Herat geschickt, um eine

mysteriöse Krankheit zu untersuchen, die im entlegenen Distrikt Gulran an der Grenze zu Turkmenistan bereits 32 Menschen getötet hat, die meisten davon Kinder. Tests an 11.000 Bewohnern in elf Dörfern hätten ergeben, daß 130 Menschen von der bisher nicht sicher identifizierten Lebererkrankung befallen worden seien. Die Krankheit wird auf eine giftige Pflanze namens Tschalmak zurückgeführt, die auf Weizenfeldern wächst. In der Gegend von Herat waren seit mindestens 20 Jahren immer wieder Todesopfer gemeldet worden, zuletzt 1998, als 50 Menschen daran starben. Ähnliche Vorgänge hatten sich 1998 und Anfang 1999 in der von mehreren Erdbeben heimgesuchten Nordostprovinz Badachshan abgespielt. Dort waren ebenfalls Dutzende Menschen an einer zunächst nicht identifizierten Krankheit gestorben, die sich später als Grippevariation herausstellte. Beide Vorfälle deuten jedoch daraufhin, daß die Folgen des über 20 Jahre dauernden Krieges selbst die Bekämpfung von relativ einfachen Krankheiten unmöglich machen.

Krieg behindert Impfkampagne

Die erste Runde der diesjährigen Polioimpfkampagne der UNO in Afghanistan ist nur teilweise erfolgreich gewesen. "Die WHO konnte das Hazarajat und die Provinz Tochar nicht erreichen, während Teilresultate in Parwan, Kapisa, Kunduz und Baghlan erzielt wurden", so ein UN-Sprecher Mitte Mai. In Herat sei die Impfung sehr erfolgreich gewesen. Unter Ägide von UNICEF, WHO und dem nationalen Gesundheitsministerium unter Teilnahme von 19.000 Freiwilligen sollten alle 4,3 Millionen afghanischen Kinder unter fünf Jahren erreicht und etwa 3,6 Millionen Kinder zwischen einem Jahr und fünf Jahren mit Vitaminen versorgt werden. Trotz Zusagen beider Konfliktparteien während der drei Impftage eine Feuerpause einzuhalten, wurde in den Provinzen Bamian, Baghlan, Kunduz, Parwan und Kapisa weitergekämpft. Die Impfkampagne ist Teil der globalen Verpflichtung, Polio bis Ende 2000 zu beseitigen. Die zweite Runde der Afghanistan-Impfkampagne soll Mitte Juni beginnen.

Unruhen in Herat

Die Taleban haben nach eigenen Angaben einen von Iran unterstützten Umsturzversuch im westafghanischen Herat vereitelt, von dem sie im Voraus unterrichtet gewesen seien. In den Vororten seien bereits Waffen an Taleban-Gegner ausgegeben worden, so Taleban-Informationsminister Amir Khan Muttaqi, und es sei geplant gewesen, die wichtigsten Regierungsgebäude in der Stadt zu besetzen. Er gab am 21. Mai bekannt, daß bei dem Gegenschlag acht Gegner getötet und 100 weitere verhaftet worden seien. Die Leichen einiger seien "zur Abschreckung" in den Straßen aufgehängt worden. Die zur gegnerischen Allianz gehörende 'Harakat-e Islami' warf den Taleban hingegen vor, in Herat eine "systematische Verfolgung" der schiitischen Bevölkerung durchzuführen, dabei 25 Menschen umgebracht und weitere 75 verletzt zu haben, nachdem die Grenze zu Iran am 19. Mai geschlossen und vermint worden sei. Die in Pakistan ansässige Nachrichtenagentur AIP sprach von Säuberungsaktionen und Hausdurchsuchungen der Taleban. Dabei seien in zwei Tagen fünf Taleban-Kämpfer und 50 andere Personen getötet sowie 200 festgenommen und an einen unbekanntem Ort verbracht worden. Bei den Durchsuchungen seien die Häuser wohlhabender Schiiten angegriffen worden. Die meisten Geschäfte in der Stadt waren geschlossen, alle öffentlichen Ansammlungen wurden unter Strafe gestellt. Viele Herater seien nach Iran geflohen. Oppositionskämpfer hätten sich in den Bergen des Scharafat Koh in der Provinz Herat verschanz und von dort Angriffe gestartet.

Minister Muttaqi warf Iran vor, die "Verschwörung" unterstützt zu haben. Wenige Tage zuvor hatten die Taleban Teheran vorgeworfen, iranische Truppen hätten Mitte Mai in der Provinz Farah kurzzeitig die Grenze nach Afghanistan überschritten und zudem afghanisches Gebiet bei Herat mit Artillerie beschossen. Nach Taleban-Angaben habe man dies "bisher nicht erwidert". In Teheran hieß es, man habe von solchen Vorgängen keinerlei Kenntnis. 1998 hatte Iran nach dem Mord an acht Landsleuten durch die Taleban einen massiven Trup-

penaufmarsch an der Grenze veranstaltet und den Taleban mit Krieg gedroht. Zuvor hatten iranische Revolutionsgarden in Nordostiran zwei afghanische Schmugglerbanden zerschlagen und dabei 30 Menschen erschossen. Teheran wies jedoch Anschuldigungen zurück, man habe dabei auch afghanisches Gebiet betreten.

Mordversuch an prominentem Taleban-Gegner

Die Oppositionsallianz hat den Taleban vorgeworfen, sie habe versucht, den Vizechef ihres neuen Obersten Führungsrates Abdul Rab Rasul Sayyaf umzubringen. Bei einem Bombenangriff auf dessen Haus in Gulbahar (Provinz Kapisa) seien 13 Menschen umgekommen. Sayyaf selbst blieb unverletzt. Die Taleban betrachten ihn als Verräter, weil er sich als Paschtune gegen die ebenfalls von Paschtunen dominierte Taleban-Bewegung stelle.

Taleban-Rekrutierungsschema

Die Taleban haben eine Regelung eingeführt, derzufolge jede Familie ein männliches Familienmitglied an die Front zu entsenden und für seine Versorgung zu zahlen habe. Dies berichtete die russische Tageszeitung 'Izwestia'. Jeder solche Kämpfer müsse jeweils zwei Monate im Halbjahr kämpfen, wofür 2,4 Millionen Afghani (umgerechnet 60 US Dollar) aufgebracht werden müßten. Können eine Familie niemanden schicken, müsse sie woanders Ersatz besorgen und dafür umgerechnet 900 Dollar zahlen. Dies habe, so die Zeitung, zu einer weiteren Steigerung der Flüchtlingszahlen geführt.

Wortmeldung des früheren Königs

Der 1973 gestürzte afghanische König Muhammad Zahir Shah hat Ende April von seinem Exil in Rom aus einen neuen Friedensplan für sein Land vorgeschlagen. Er kündigte an, er wolle ein Beraterteam zu den Taleban und der gegnerischen Allianz schicken. Dabei solle ein Treffen von 30 bis 35 afghanischen Persönlichkeiten vorbereitet werden, auf dem die Einberufung einer "Loya Jirga" - der traditionellen afghanischen Versammlung - diskutiert werden solle. Während die USA den Vorschlag begrüßten, wiesen die Taleban ihn zurück; die Oppositionsallianz teilte mit, sie sei nicht unterrichtet. "Der alte und kranke Zahir Shah, der die letzten 26 Jahre in Rom verbracht hat, hängt immer noch falschen Träumen nach", kommentierte die Taleban-Zeitung 'Anis'. Die Taleban werfen dem Ex-König vor, er sei an der heutigen Situation

Afghanistans Schuld, weil er in den 60er Jahren sowjetische Hilfe - darunter Militärberater - ins Land geholt habe; die USA beschuldigen sie, sie wollten Zahir Shah wieder an die Macht bringen.

US-Gesellschaft installiert für Taleban Satelliten-Telefonssystem

Die US-Firma 'Telephone System International' (TSI) hat Anfang Mai zwei Bodenstationen für Satellitenempfang in Kabul und Kandahar installiert. Damit kann das Land erstmals seit Jahren wieder direkt mit Telefongesprächen erreicht werden. Laut TSI-Sprecher Michael Cecil werden 500 Leitungen von Kandahar aus eingerichtet, während die Station in Kabul mit dem lokalen Telefonnetz verbunden werden soll. Beide Stationen sollen im Juni den Betrieb aufnehmen und ermöglichen künftig auch den Zugang zu Mobiltelefonnetzen und Internet. Auch für Herat und Mazar-e Scharif soll das Telefonnetz eingerichtet werden. Insgesamt will die in New Jersey ansässige Firma, die schon in Somalia Erfahrungen sammelte, über 150 Millionen Dollar in das Projekt investieren, das 15 Jahre Laufzeit hat.

Neue Taleban-Projekte

Der Taleban-Minister für Bergbau und Industrie, Maulawi Ahmad Jan, hat mitgeteilt, daß seine Regierung in Verhandlungen mit mehreren Firmen stehe, um zwei neue Straßen nach Pakistan zu bauen. Vorgesehen seien eine 120-Kilometer-Route zwischen Kabul und Torkham am Khyber-Paß und eine 190-Kilometer-Strecke zwischen Kandahar und Chaman. Die Vorstudien seien bereits fertig. Mehrere Firmen aus den USA und Europa seien zudem an der Errichtung einer Erdölraffinerie in Afghanistan interessiert. Das Land produziere derzeit 10.000 Barrel Öl pro Tag. Sowjetische Schätzungen aus den 70er Jahren gingen von gesicherten Ölreserven von 95 Millionen Barrel und Erdgas von 145 Milliarden Kubikmetern aus. Gesellschaften aus Südafrika, den USA und Europa suchten in der Nähe der süd-afghanischen Stadt Ghazni Gold. Tschechische und slowakische Ingenieure haben der BBC zufolge Afghanistan besucht, um die Wiederinbetriebnahme zweier Zementfabriken zu prüfen, die die CSSR einst gebaut hatte. Sie befinden sich in Herat und Pul-e Khumri im Taleban-Gebiet.

Rückschlag für Massud und Rabbani

Überraschend haben Pro-Taleban-Kräfte Ende April die Hauptstadt Faizabad der nordostafghanischen Provinz

Badachschan erobert. Berichten zufolge revoltierten 200 Kämpfer des unter ungewissen Umständen ermordeten Gouverneurs Maulawi Qaimuddin Khardmand gegen ihren obersten Kommandanten Ahmad Schah Massud und schlossen sich den Taleban an. Khardmand von der Islamischen Partei Hekmatyars war formal mit Massud verbündet, aber seine Anhänger verdächtigten letzteren, für den Mord verantwortlich zu sein. Der Verlust Faizabads ist deswegen ein Rückschlag, weil es die Heimatstadt Burhanuddin Rabbanis ist, der Vorsitzenden der Anti-Taleban-Allianz. Allerdings sind auch Hekmatyars und Massud auf tiefste persönlich miteinander verfeindet. Massud hat ein "Versöhnungskomitee" gebildet, um mit den Aufständischen zu verhandeln.

Neue Flüchtlingszahlen

Nach pakistanischen Angaben leben noch immer gut 1,5 Millionen afghanische Flüchtlinge in Pakistan. Bis zum 31. März seien etwa zwei Millionen Flüchtlinge repatriert worden, hieß es ohne Angaben von Zeiträumen. Unterdessen kündigten iranische Behörden ein Rückbildungsprogramm für 320.000 afghanische Flüchtlinge aus der Grenzprovinz Seistan-Belutschestan an, um den Rauschgifthandel zu unterbinden.

Anti-Taleban-Demo in Islamabad

Am Jahrestag der Eroberung Kabuls durch die Taleban haben erneut 300 Menschen, vor allem Frauen und Kinder, in der pakistanischen Hauptstadt gegen die Taleban-Herrschaft in Afghanistan demonstriert. Sie zogen vor das dortige UN-Büro und riefen "Nieder mit den Fundamentalisten" und "Freiheit, Demokratie, Frauenrechte". Der Protest war von der 'Revolutionary Association of the Women of Afghanistan' (RAWA) organisiert worden. "Wir bekommen nur Schweigen von der internationalen Gemeinschaft", so eine RAWA-Sprecherin, "wir brauchen Hilfe". Die Vorsitzende des Afghan Women Council (AWC), Fatana Ishaq Gilani, forderte unterdessen Pakistans Regierung auf, einen "Dialog zwischen den Taleban und uns zu arrangieren und so unsere Differenzen zu überbrücken und Mißverständnisse auszuräumen". Sie verlangte von der Regierung auch den Schutz demokratischer afghanischer Kräfte und der Flüchtlinge. Sie selbst werde andauernd bedroht.

Taleban wollen neue Verfassung

Afghanistans Herrscher wollen eine neue Verfassung auf der Grundlage der Scharia einführen, so ihr Pakistan-Bot-

schafter Maulawi Saeed-ur-Rahman Haqqani Anfang Mai. "Die Verfassung wird auf dem Koran, der Sunnah und der hannafitischen Schule des Islam basieren", erklärte er in Islamabad. Das Justizministerium habe nach Konsultationen mit über 2.000 Religionsgelehrten bereits einen Entwurf ausgearbeitet und Taliban-Chef Mullah Muhammad Omar zur Bestätigung vorgelegt. Als die drei Grundziele der Taliban-Herrschaft werden die Durchsetzung eines islamischen Systems, die Wiederherstellung des Friedens und die Herstellung der territorialen Integrität des Landes festgeschrieben. Mit den Minderheitenrechten wird es hingegen schlecht aussehen: Obwohl auch sie festgeschrieben werden sollen, behauptete Haqqani, 90 bis 95 Prozent der Afghanen seien Sunniten - was nicht der Realität entspricht. Er äußerte sich auch zu den Frauenrechten: "Wir wollen Frauen keine Rechte wegnehmen, die ihnen der Islam gegeben hat. Wenn der Krieg in Afghanistan beendet ist, werden wir ein Modell für die Frauen vorstellen." Koedukation schloß er aller-

dings aus, weil der Islam dies nicht erlaube. "Wir wollen Frauen nicht zu Tieren machen", sagte er. "Wir werden sie schön wie Perlen in einer Schachtel bewahren."

Amnesty-Auszeichnung für afghanische Frauenrechtlerin

Amnesty International hat die afghanische Frauenrechtlerin Sima Wali für ihr Engagement für die afghanischen Frauen ausgezeichnet. Frau Wali kümmere sich als Vorsitzende einer Hilfsorganisation seit zehn Jahren um die Ausbildung und den Gesundheitsschutz von Flüchtlingsfrauen in Pakistan und Afghanistan und Sorge für ihren rechtlichen Schutz.

Kabul wird schönstes Taliban-Dorf

Der Taliban-Bürgermeister von Kabul, Abdul Majid, hat angeordnet, daß die Einwohner der afghanischen Hauptstadt ihre Häuser und Geschäfte weiß streichen, damit die kriegszerstörte Stadt

"sauber und ordentlich" aussehe. Von der Anordnung eingeschlossen seien alle Häuserfronten entlang der Hauptstraßen. "Wenn die Taliban sich so viel Gedanken um die Verschönerung der Stadt machen, sollen sie den Leuten auch die Farbe bezahlen", zitierte Reuters einen Einwohner. Die meisten Kabuler können sich Farbe nicht leisten.

Frauen dürfen wieder für Hilfsprogramm arbeiten

Die Taliban und die Hilfsorganisation 'Terre des Hommes' (tdh) haben Ende April nach 18monatigen Verhandlungen ein Protokoll unterzeichnet, demzufolge afghanische Frauen wieder in den Hilfsprogrammen der Organisation arbeiten dürfen. Es betrifft landesweit 50 Afghaninnen, die in einem tdh-Programm für Kinder eingesetzt werden sollen. Das Protokoll wurde auf Seiten der Taliban von deren Gesundheitsminister Mulla Muhammad Abbas Achund unterschrieben.

Ende einer kurzen Friedenshoffnung

Vereinbarung von Aschchabad geplatzt

von Thomas Ruttig

Die Hoffnung auf eine friedliche Lösung in Afghanistan währte nur vier Wochen. Bereits Anfang April schloß Taliban-Chef Mullah Muhammad Omar eine weitere Gesprächsrunde mit der Allianz seiner Gegner aus, die am 12. April in Turkmenistans Hauptstadt Aschchabad beginnen sollte, wo sich die verfeindeten Parteien im März unter UNO-Vermittlung prinzipiell auf eine Machtteilung geeinigt hatten. Die Opposition habe es abgelehnt, ein "vereinigtes Kommando" für Afghanistan unter Taliban-Führung zu bilden, sagte Omar pakistischen Nachrichtenagenturen, deshalb gebe es "keine Möglichkeit, eine weitere Gesprächsrunde durchzuführen". Taliban Informationsminister Abdul Hai Mutmain erklärte die UN-vermittelten Gespräche wegen anhaltender Kämpfe für gescheitert.

Die Taliban hatten faktisch einen Beitritt der Opposition in ihre Verwaltung

des "Islamischen Emirats Afghanistan" verlangt. Mullah Omar verkündete zudem kurz nach der ersten Aschchabader Runde, die dort getroffene Vereinbarung bedeute nicht zwangsläufig, daß seine von Pakistan unterstützte Bewegung Führungspositionen räumen werde.

Entsprechend enttäuscht fiel die Reaktion von UN-Generalsekretär Kofi Annan aus. Die Absage der Gespräche, ließ er in New York verlauten, werde "dem Volk von Afghanistan noch mehr Leiden und dem schon verwüsteten Land noch mehr Zerstörung zufügen". Wenn Annan auch die Hoffnung nicht aufgeben mag, sind seine nächsten Ziele in Afghanistan bescheidener geworden. Die UN wolle die Gespräche mit beiden Seiten und interessierten Ländern wieder aufnehmen, um eine Vereinbarung zu erreichen, die beitragen könne, "das gegenwärtige Niveau der Kämpfe zu begrenzen und beide Seiten hoffentlich ei-

ner friedlichen Lösung näherzubringen". Gleichzeitig drohte er den Taliban mit dem erneuten Abzug der gerade zurückgekehrten Helfer, wenn deren Sicherheit nicht endlich gewährleistet werde. Er weiß, daß die Taliban ohne internationale Hilfe die von ihnen kontrollierte Bevölkerung nicht versorgen könnte.

Schon in den Tagen vor der gescheiterten zweiten Gesprächsrunde hatten sich die Kämpfe zwischen beiden Seiten, die auch nach den Gesprächen in Turkmenistan nie ganz zum Stillstand gekommen waren, an mehreren Fronten weiter intensiviert. Wenige Kilometer nördlich der Hauptstadt Kabul lieferten sich beide Seiten intensive Artillerieduelle. Kommandanten des militärischen Oppositionsführers Ahmad Schah Massud starteten Ende März Offensiven in den Nordprovinzen Baghlan und Kunduz. In Kunduz, einer von den Taliban gehaltenen Enklave, trafen Raketen den